



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

Herrn
Sven Lehmann, MdB
11011 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117
FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 17 September 2019

BETREFF **Schriftliche Frage Monat September 2019**
HIER **Arbeitsnummer 9/108**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen
die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

Schriftliche Frage des Abgeordneten Sven Lehmann
vom 10. September 2019
(Monat September 2019, Arbeits-Nr. 9/108)

Frage

Wie oft wurden in den Jahren von 2015 bis 2019 nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit Denkmale bzw. Gedenktafeln, die den Lesben, Schwulen, inter- und transgeschlechtlichen Menschen gewidmet sind, beschädigt, und was hat die Bundesregierung unternommen um solche Vorfälle zu verhindern (bitte aufschlüsseln nach Ort und Jahr)?

Antwort

Im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) sind alle aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität begangenen Straftaten meldepflichtig. Derartige Straftaten werden unter dem Themenfeld „sexuelle Orientierung“ zum Oberbegriff „Hasskriminalität“ erfasst.

Eine Erhebung von bundesweit abgestimmten Fallzahlen zu Sachbeschädigungen speziell gegen Denkmäler bzw. Gedenkstätten im Sinne der Fragestellung ist erst seit Einführung des Angriffszielkatalogs im KPMD-PMK zum 1. Januar 2019 möglich (Oberangriffsziel Gedenkstätte).

Im Jahr 2019 wurden bislang 42 Sachbeschädigungen, die dem Themenfeld sexuelle Orientierung zugeordnet wurden, erfasst. Davon wurde bei neun der 42 Sachbeschädigungen das Angriffsziel Gedenkstätte angegeben.

Für die vergangenen Jahre ist daher nur eine Fallzahlenaufstellung der Sachbeschädigungen im Themenfeld „sexuelle Orientierung“ möglich. Diese verteilen sich wie folgt:

- 2015: 10
- 2016: 20
- 2017: 23
- 2018: 25

Eine räumliche Zuordnung von Sachbeschädigungen an Denkmalen oder Gedenkstätten ist daher nicht möglich. Zudem fällt aufgrund der vom Grundgesetz festgelegten Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern die Darstellung landeseigener Zahlen politisch motivierter Gewalt in die Hoheit der einzelnen Länder. Eine Aufschlüsselung nach Ländern kann daher nicht erfolgen. Es wird auf die zuständigen Länder verwiesen.

Zur Verhinderung derartiger Vorfälle setzt sich die Bundesregierung mit verschiedenen Maßnahmen für den Schutz und die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen und gegen Homophobie in der Bevölkerung ein. Neben der Ahndung von homosexuellen- und transfeindlichen Straf- und Gewalttaten kommt dem Schutz vor Diskriminierung und präventiven Angeboten eine besondere Bedeutung zu. Ein diesbezüglicher Schwerpunkt liegt bei dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verantworteten Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Über dieses Bundesprogramm fördert das BMFSFJ seit 2015 verschiedene Maßnahmen auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene, die sich mit dem Themenfeld Homosexuellen- und Transfeindlichkeit auseinandersetzen. Auf Ebene der Länder werden in diesem Zusammenhang 16 Landesdemokratiezentrren gefördert, die Beratung für Betroffene von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sowie zu anderen Formen der Diskriminierung anbieten. Die Landesdemokratiezentrren sind Teil der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Darüber hinaus werden im Bundesprogramm derzeit neun Modellprojekte im Themenfeld Homosexuellen- und Transfeindlichkeit gefördert, von denen zwei Projekte Ansätze entwickeln und erproben, die Beratungsangebote bundesweit stärken und Hassverbrechen systematisch erfassen sollen.

Daneben tragen die Angebote der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zum Abbau von Vorbehalten und Diskriminierung bei. Die bpб greift in zahlreichen Print- und Onlineangeboten, pädagogischen Materialien sowie in Projekten das Thema Homosexuellen- und Transfeindlichkeit als eine Facette von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ auf. Ein zentrales Anliegen ist es, zivilgesellschaftliche Kräfte zu unterstützen, die sich gegen Homosexuellen- und Transfeindlichkeit einsetzen. So unterstützt das BMI auch mit dem Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" Verbände und Vereine in der Auseinandersetzung mit diskriminierenden und menschenverachtenden Einstellungen und Vorfällen. Homophobie ist dabei ein wichtiges Thema, welches z. B. gezielt in Sportvereinen bearbeitet wird.